

1500 demonstrierten gegen neue Asylgesetze

„Niemand flieht ohne Grund – Solidarität statt Asylrechtsverschärfung“

Demobericht des „Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung“

Kälte und Regenwetter zum Trotz demonstrierten am 16. Oktober an die 1500 Menschen in Freiburg gegen das am Tag davor vom Bundesrat abgesegnete Asylbeschleunigungsgesetz. Gemeinsam zogen sie durch die Innenstadt: Flüchtlinge – darunter viele Roma aus dem Westbalkan und auch BewohnerInnen der Bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle (BEA) –, UnterstützerInnen und flüchtlingssolidarische Gruppen, so die Rasthausgruppen und Mitglieder des baden-württembergischen Flüchtlingsrats. Aufgerufen hatte das Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung.



Demonstration gegen das Abschiebungsbeschleunigungsgesetz am 24.10.2015 in Freiburg.

Bild: Radio Dreyeckland Freiburg

Eine Aktivistin des No-Lager-Bündnisses kritisierte die schlechten Lebensbedingungen in der BEA. Doch diese Massenunterkunft, so unterstrich sie, ist nur ein Element in einer insgesamt ausgrenzenden Flüchtlingspolitik. In dem neuen Gesetzespaket wird die Aufenthaltsdauer in solchen Erstaufnahmelagern auf sechs Monate ausgedehnt.

Außerdem wurden mit Kosovo, Montenegro und Albanien drei weitere Länder als „sichere Herkunftstaaten“ deklariert. Gegen diese Praxis der Asylrechtseinschränkung wandten sich mehrere Redebeiträge. Ein aus Mazedonien geflüchteter Rom beschrieb die dort alltägliche Diskriminierung und Bedrohung der Roma. Ein Mitarbeiter

des Flüchtlingsrats, frisch zurückgekehrt von einer Delegationsreise nach Serbien und Mazedonien, schloss sich der Feststellung an, dass Roma kein sicheres Herkunftsland haben. Er betonte zudem: Die Behauptung von PolitikerInnen, HelferInnen würden die Asylrechtsverschärfung begrüßen, ist völlig aus der Luft gegriffen. Auch die Trennung von Menschen, die vor Verfolgung, und solchen, die aus wirtschaftlicher Not fliehen, wurde abgelehnt: Eine Rednerin des Freiburger Forums machte deutlich, dass der Kapitalismus selbst Fluchtgründe schafft und paradoxerweise diese ignoriert werden.

Die Asylrechtsverschärfungen sind ein Problem für die ganze Gesellschaft, stellte ein Redner für die Freie Arbeiter_innen-Union (FAU) heraus. An Flüchtlingen wird zuerst ausprobiert, was die Gesellschaft toleriert, um dies dann auf weitere Bevölkerungsgruppen anzuwenden, wie er am Beispiel der 1€-Jobs darstellte. In diesem Sinne forderte das Freiburger Forum eine entschiedene Solidarität, die kommunal organisiert werden kann: Beispiele aus den USA und Kanada zeigen, dass Städte Flüchtlinge auf kommunaler Ebene vor Abschiebung schützen können.

Für eine solche Solidarität ist es auch jetzt, nach dem Beschluss des neuen Gesetzespakets, nicht zu spät, wie gleich in der Auftaktrede des Freiburger Forums klargestellt wurde. Das Gesetz diene nicht zuletzt dem Zweck, die Widerstände und Proteste der Bevölkerung gegen Abschiebungen zu brechen.

Die große Demonstration war ein deutliches Zeichen, dass dies nicht gelingen wird. Wir werden Abschiebungen und die Entrechtung von Flüchtlingen nicht hinnehmen! Die Demonstration endete am Platz der alten Synagoge. Im Anschluss daran besuchten zahlreiche TeilnehmerInnen noch spontan die Jahreshauptversammlung des SPD-Kreisverbandes. Dort kritisierten sie die Zustimmung der SPD zu dem neuen Gesetzespaket und brachten ihre Unzufriedenheit in Sprechchören zum Ausdruck.

Niemand flieht ohne Grund!
Wer bleiben will, soll bleiben!

Redebeitrag von Julian Staiger

Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats
BW

Ich bin erst letzte Woche von einer Hilfs- und Dokumentationsreise durch Serbien und Mazedonien zurückgekehrt. Nur zu Erinnerung: Diese beiden Länder wurden bereits vor längerer Zeit als sichere Herkunftsländer eingestuft!

Wir haben abgeschobene Romafamilien besucht, zu denen wir in Deutschland Kontakt hatten, die wir unterstützt haben, die unsere Freunde und Freundinnen geworden sind.

Und nur um es hier klarzustellen: Wir haben nicht nach extremen Fällen gesucht. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass es den Menschen, die wir besucht haben, teilweise noch besser geht als vielen anderen Roma in diesen Ländern, da sie evtl. noch etwas Geld in Deutschland verdienen konnten.

Wir haben in Mazedonien drei Familien getroffen, die seit einem halben Jahr in Zelten leben, da ihr Haus abgebrannt ist. Sie bekommen keine Sozialhilfe und schaffen es gerade so durch Gelegenheitsjobs, genug zu Essen zu haben. Auch in Mazedonien gibt es Gesetze, die Menschen helfen sollen, nicht auf der Straße leben zu müssen. Als sie den Bürgermeister mehrfach darauf ansprachen, war seine Antwort: Ihr seid Zigeuner, haut ab, um euch kümmere ich mich nicht!

Nur um das Ausmaß der Geschichte deutlich zu machen: Der Ort liegt auf 1800 Metern Höhe. Dort hat es im Winter schon mal minus 20 Grad! Die Familien haben schlichtweg Angst im Winter zu erfrieren. Wie gerne hätte ich in diesem Moment einen unserer deutschen PolitikerInnen zu mir gezogen, während uns einer der Väter unter Tränen, neben ihm fünf Kinder zwischen 3 und 13 Jahren alt, seine Geschichte erzählte, damit er diesem Mann ins Gesicht sagen muss: „Tut mir leid. Du kommst aus einem sicheren Herkunftsland, deine Diskriminierung ist nicht wirklich groß (du drohst ja wegen ihr nur zu erfrieren) und deshalb wollen wir nicht, dass du weiterhin das deutsche Asylrecht „missbrauchst“.

Und dieser Fall ist nur in seiner Extremheit ein Einzelfall. Wir trafen Menschen, die mehrfach auf offener Straße verprügelt wurden und die bei der Polizei nur weiter provoziert wurden als sie Anzeige erstatten wollten.



onstration
n das
hiebungs-
hleuni-
sgesetz
24.10.2015
eiburg.
Radio
eckland
burg

Wir trafen eine Frau, die uns unter Tränen erzählte am liebsten wäre sie keine Roma um ein normales Leben in Serbien führen zu können. Das Haus ihres Bruders verschimmelt durch Bauarbeiten des Nachbarn und wird instabil. Die serbischen Behörden aber reagieren in keinsten Weise. Es handelt sich ja nur um einen Mitglied der Roma.

Wir trafen eine Familie, deren Kinder die Schule als „psychisch krank“ einstufen will, obwohl die Mädchen in Deutschland sehr gute Schülerinnen waren. Ohne psychische Krankheiten.

Wir trafen eine Familie, die mit 10 Menschen in zwei Zimmer lebt und die vor einiger Zeit ihr Moped verkaufen musste, da ihnen sonst der Strom abgestellt worden wäre. Ohne ihr Moped haben sie aber kaum Möglichkeiten, um Holz zum Heizen zu holen.

Wir trafen Menschen, die in Deutschland zehn oder mehr Jahre lang gute Schüler waren, bevor sie als Jugendliche in ein Land abgeschoben wurden, dessen Sprache sie kaum sprachen und wo sie Angst hatten auf der Straße verprügelt zu werden, da sie Roma sind.

Ich erzähle hier nur Auszüge! Dies sind keine Einzelfälle! Sehen so wirklich sichere Herkunftsstaaten aus, liebe EntscheidungsträgerInnen? Sollte ein Staat nicht für alle seine Bürgerinnen und Bürger sicher sein, um „sicherer Herkunftsstaat“ sein zu können?

Und die Menschen die wir getroffen haben, sind die gleichen Menschen, die das deutsche Asyl-

recht angeblich missbrauchen sollen. Die gleichen Menschen, die in Zukunft die Aufnahmelager nicht mehr verlassen dürfen. Sie erhalten für die gesamte Zeit ihres Aufenthalts in Deutschland ein Arbeitsverbot (auch dann wenn sie schon seit zehn Jahren hier leben) und dürfen ihren Landkreis nicht verlassen. Nicht einmal mehr das soziokulturelle Existenzminimum sollen sie erhalten, sobald ihr Asylantrag abgelehnt wurde! Und zum Abschied „schenkt“ der deutsche Staat ihnen ein Einreiseverbot. Sie besaßen ja auch die Dreistigkeit die Hoffnung zu haben in unserem Land - das sich so für seine Offenheit rühmt und als Hort der Menschenrechte auftritt - Schutz zu erhalten!

Wir waren auch an der mazedonisch-griechischen Grenze, um dort Kleider an geflüchtete Menschen zu verteilen, die aus Syrien, Afghanistan, Irak, Eritrea und anderen Ländern auf dem Weg in die Europäische Union sind.

Uns wurden die Winterkleider fast aus den Händen gerissen, weil diese Menschen sie so sehr benötigen. Dort sind viele Menschen unterwegs, die nichts haben, außer dem, was sie an ihrem Körper tragen. Das sind manchmal nur T-Shirt und Flipflops. Und nur, dass wir uns richtig verstehen: wir reden hier nicht von Roma aus dem Westbalkan. Diese haben zwar gute Fluchtgründe, aber deren Gründe werden von fast allen unseren PolitikerInnen schlichtweg ignoriert. Nein, wir reden hier hauptsächlich von Menschen aus Ländern wie Syrien, Eritrea oder Afghanistan, von Menschen die als „gute Flüchtlinge“ gelten. Den „wahren Kriegsflüchtlingen“, denen geholfen werden muss. Aber wie genau sieht denn diese Hilfe nun aus, an den Außengrenzen der Europäischen Union?

Am Rande der Europäischen Union werden bald die ersten Menschen erfrieren. Und in Deutschland wird über Abschiebekorridore diskutiert, anstatt endlich Korridore zur legalen Einreise zu schaffen!

Und nur damit das Gesetz richtig verstanden wird: Auch diese (ja angeblich so willkommenen Menschen) haben es in Zukunft in Deutschland schwerer als bisher. Auch sie müssen jetzt bis zu sechs Monate in Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben. Auch für sie soll wieder auf Sachleistungen umgestellt werden können. Auch ihre Asylleistungen können deutlich gekürzt werden sobald sie ein „Dublinfall“ werden - und da die meisten Menschen die nach Deutschland kommen nicht vom Himmel fallen, droht vielen von ihnen dieses Schicksal.

Auf der Reise war ich traurig und wütend. Nach diesem Gesetz bin ich traurig, wütend und verzweifelt. Verzweifelt darüber, liebe EntscheidungsträgerInnen, wie unmenschlich Ihre Politik ist. Wütend, wie mit den Menschen umgegangen wird, die ich getroffen habe.

Und wütend über Ihre ideologische Naivität. Sie machen keine pragmatische Politik! Sie machen eine naive und ideologisch verbrämte Politik. Sie machen ein Gesetz, das das Leben für Flüchtlinge hier sehr viel schwerer macht, aber nichts beschleunigt und ungeeignet ist, irgendwelche Probleme zu lösen. Nein, wahrscheinlich wird dadurch nicht einmal die Zahl der Flüchtlinge sinken. Auch wenn Sie es so gerne hätten, dass weniger Menschen ihr durch das Grundgesetz garantierte Recht auf einen Asylantrag in Deutschland wahrnehmen.

Glauben Sie wirklich Menschen, die Angst haben zu erfrieren kommen nicht mehr nach Deutschland nur weil sie weniger Geld bekommen und länger in Lagern leben müssen? So naiv können Sie doch selber nicht sein.

So sieht also Ihre „deutschen Willkommenskultur“ aus, liebe GesetzgeberInnen.

Diese Willkommenskultur, von der Sie so gerne erzählen wird von vielen Menschen vor Ort praktiziert, aber sicher nicht von Ihnen! Sie konterka-

rieren diese Willkommenskultur. Sie machen keine Gesetze für Menschen, die Flüchtlinge willkommen heißen und unterstützen. Hören Sie auf so zu tun, Menschen, die sich für Flüchtlinge engagieren, würden Ihre Gesetze begrüßen, weil sie sich überlastet fühlen. Diese Aussagen sind infam. Sie fühlen sich überlastet, weil Jahre lang kein Geld für Flüchtlinge ausgegeben wurde und weil Sie Gesetze machen, die dafür sorgen, dass ihre Freunde und Freundinnen abgeschoben werden.

Sie machen Gesetze für die Menschen, die Sie selber als „Dunkeldeutschland“ bezeichnen.

Über dieses Gesetz werden sich Menschen freuen, die Flüchtlingsunterkünfte angezündet haben, aber sicher keine Menschen, die Flüchtlinge unterstützen. Wollen Sie wirklich, dass ihnen dieser Teil der deutschen Bevölkerung zujubelt?

Und wenn Sie das wirklich wollen, machen Sie weiter mit ihrer Politik gegen Flüchtlinge. Aber hören Sie auf, dabei noch so zu tun, als wollten Sie ernsthaft Probleme lösen! Es gibt viele Vorschläge von verschiedenen Organisationen, die geeignet wären, in der derzeitigen Situation besser agieren zu können. Und Sie kennen diese Vorschläge! Das sogenannte Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz ist es definitiv nicht!



Insbesondere Roma aus den „sicheren Herkunftsstaaten“ werden die Betroffenen der Verschärfungen sein

Bild: Flüchtlingsrat BW